

Der Krieg gegen Finnland

Autor(en): **Reinhard, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **19 (1939-1940)**

Heft 6

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-333828>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

19. JAHRGANG — FEBRUAR 1940 — HEFT 6

Der Krieg gegen Finnland

Von Ernst Reinhard.

Als in den Augusttagen des vergangenen Jahres Stalin zuerst seinen Wirtschaftsvertrag und bald darauf seinen politischen Nichtangriffspakt mit Deutschland schloß, vollzog sich durchaus nicht ein Bruch in der russischen Politik; logisch wurde zu Ende geführt, was mit der Verfolgung, Marterung und Hinrichtung der Gefährten Lenins begonnen wurde: die Abkehr vor der kommunistischen Politik Lenins, die Zuwendung zu einer rein imperialistischen Politik Stalins, die nun nicht nur die Ziele des Zarismus wieder aufnimmt, sondern sich in klarem Bewußtsein der Folgen auch der zaristischen Methoden bedient. Ein so eminent kluger, politischer Kopf wie Alfred Fankhauser hatte in der «Bernener Tagwacht» diese Folgen bereits vorausgesagt, nicht ohne daß er deswegen mitleidig belächelt worden wäre.

Daß die westeuropäische Arbeiterschaft die neuen Tatsachen als eine Wendung, als eine Abwendung von alten politischen Bekenntnissen, als Verrat vor dem gemeinsamen faschistischen Feind empfunden hätte, trifft durchaus nicht allgemein zu. Eine Gruppe wollte die Wendung nicht wahrhaben, erklärte steif und fest, Rußland sei unter Stalin den alten kommunistischen Bekenntnissen treu geblieben; eine weitere Gruppe zuckte unter dem Gefühl eines ungeheuren Verrats zusammen; und nur eine fast verschwindend kleine, in sich nicht einmal einheitliche Gruppe verstand die Logik des Geschehens. Heute noch ist in der schweizerischen Arbeiterschaft die Einsicht über das, was sich wirklich ereignet hatte, verschieden; es klaffen große Unterschiede in Betrachtung und Einschätzung, selbst nach den Gemeinheiten des finnischen Bürgerkrieges. Die Sekte Nicoles wird nicht müde, die Stalinische Politik durch alle Böden hindurch zu verfechten; und Aehnliches tut dann auch innerhalb der SPS., wenn auch wesentlich gemäßigter, eine Gruppe, deren hervorragendster Vertreter vielleicht der bernische Parteisekretär, Fr. Giovanoli, ist.

Daß die schweizerische Arbeiterschaft unerhört schwer hat, sich zur Klarheit durchzuringen, stellt ihr nicht einmal ein schlechtes Zeugnis aus. Wir dürfen dabei wohl ruhig von den bezahlten Agenten Rußlands absehen, die sich bei uns noch als Kommunisten drapieren;

wie wenig dieses verlorene Häuflein zu bedeuten hat, erwies der Rückgang und das völlige, durch die Arbeiterschaft bekräftigte Verschwinden der Claqueurs des Herrn Stalin aus sämtlichen schweizerischen Ratssälen. Die schweizerische Arbeiterschaft hat diesen Gesundungsprozeß ganz ohne Hilfe einer Bundespolizei fertiggebracht. Schwieriger liegen die Verhältnisse schon bei der zweiten Gruppe. Hier muß in einem bestimmten Umfang guter Wille und eigene Ueberzeugung anerkannt werden. Man hat den Mut nicht gefunden, sich einzugestehen, daß man sich täuschen ließ und sich selbst getäuscht hatte. Man will nicht wahrhaben, daß Rußland ein anderes Gesicht hat, als man ihm selbst zuschreibt, und sich durch die russische Propaganda auch vorschreiben läßt. Immer und immer kehrt als Hauptargument wieder: Erstens ist Rußland das Land, welches das Privateigentum abgeschafft hat und zweitens wird Stalin Hitler noch hineinlegen. Die Frage: Wer betrügt wen? spielt bei gewissen Zynikern keine Rolle.

Doch könnte auch diese Gruppe als völlig unbedeutend beiseitegeschoben werden, hätte sich nicht in der schweizerischen Arbeiterschaft selbst der Widerwille gegen die Anerkennung einer Tatsache geäußert. Es will dem geraden, sauberen Denken des schweizerischen Arbeiters einfach nicht gelingen, anzunehmen, daß man überhaupt einen weltpolitischen Betrug in so ungeheurem Ausmaß begehen könne. Der Mann, dem Redlichkeit, Anstand, Treue, Sauberkeit keine unklaren Begriffe sind, kann es sich nicht vorstellen, daß man so unredlich, so unanständig, so treulos und schmutzig sein kann. So wenig wie er die völlig amoralische Denkweise des Gangsters versteht, so wenig versteht er, daß er von Stalin systematisch betrogen und an der Nase herumgeführt worden ist. Diese Anständigkeit und Sauberkeit des Denkens ist es, das dem schweizerischen Arbeiter heute die klare Einsicht in das Weltgeschehen raubt.

Es kommt ein Weiteres dazu. Er traut den Westmächten nicht. Der kapitalistische Charakter dieser Gruppe, die früher Hitler in den Sattel gegen die Demokratie half, die jederzeit bereit zu sein scheint, mit Hitler gegen Rußland und damit gegen eine dem Arbeiter teure Weltauffassung zu marschieren, stößt ihn ab. Er will sich nicht klar für die Westmächte gegen Rußland und Stalin-Hitler entscheiden.

Er fragt sich, was werden soll, wenn dieser Krieg in seine entscheidenden Phasen tritt; er sucht die verborgenen Kräfte hinter diplomatischen und militärischen Kämpfen und glaubt, immerhin bei Stalin mehr Zukunft zu sehen, als hinter einer Gruppe, der sich morgen auch Mussolini angliedern kann.

Daß es gar nicht darum geht, daß der Sozialismus heute sein Erstgeburtsrecht verleugnet, wenn er sich durch seine politischen Organe zu Anhängern der einen oder andern Gruppe erniedrigt, daß er, selbst wenn er die eine Gruppe unterstützt gegen die andere, seinen eigenen Zielen und damit den Zielen der Menschheit zu dienen hat, das eben ist nachzuweisen. Dafür ist das Verständnis zu wecken.

Da ist zunächst die Frage zu stellen: Ist die Aufhebung des Privateigentums ein letztes Ziel? Ist diese rein materielle Lösung alles, was

wir vom Sozialismus zu fordern haben? Nein, das ist es nicht. Das ist nur Mittel zum Zweck. Immer haben wir gegen das Privateigentum aus den Produktionsmitteln deswegen angekämpft, weil es seinen Besitzern erlaubte, die Freiheit der Mitmenschen zu vernichten, sie zu Sklaven zu machen, weil die Menschlichkeit unterdrückt, das Recht gebrochen werden konnte. Wir verlangten die Aufhebung des Privateigentums aus den Produktionsmitteln, weil wir die Freiheit des Menschen schützen wollten vor der brutalen Uebermacht des Besitzes, weil wir das Recht und nicht die Gewalt als entscheidende Macht in den Beziehungen der einzelnen und der Staaten sehen und weil wir der Menschlichkeit zum Siege verhelfen wollten. Um diese ungeheuren moralischen Werte ging es uns, um nichts anderes. Wenn aber die Enteignung des Privatbesitzes verbunden sein sollte mit der Vernichtung der Menschlichkeit, mit dem Tod der Freiheit, mit der Zerstückelung des Rechts, dann war der Preis zu teuer bezahlt. Er mußte aber zu teuer werden, wenn die gewaltige Macht der Produktionsmittel nun nicht in die Hände der Gesellschaft und ihres anständigsten Teils fiel, sondern wenn er in die Gewalt einer kleinen Gruppe geriet, die für Freiheit, Recht und Menschlichkeit nur Spott übrig hatte, weil ihr nur an einem gelegen war: an der rücksichtslosen, brutalen, alles zerschmetternden Macht. Wenn das Privateigentum aufgehoben wird, die Verfügungsgewalt darüber aber einem Dschingis-Khan zufällt, dann hat die Welt nichts gewonnen; denn nicht nur um die Aufhebung des Privateigentums, sondern um deren positive Seite, *um die Vergesellschaftung des Privateigentums* geht es. So mag im heutigen Rußland wohl die negative Seite erfüllt sein: die alten Besitzer sind entrechtet und expropriert worden; aber das Eigentum ist nicht in die Hände der Gesellschaft, sondern in diejenigen einer machtgierigen, skrupellosen Gruppe geraten, die sich der sozialistischen Idee nur bedient, solange sie hoffen kann, ihre egoistischen und brutalen Machtaspirationen damit zu tarnen. So wie es unsere Aufgabe ist, der großkapitalistischen Agitation nicht zu erliegen, wenn sie sich in das Mäntelchen der Freiheit hüllt, so bleibt die nicht kleinere Aufgabe bestehen, der imperialistischen zu widerstehen, wenn sie in der roten Toga des Sozialismus einhertritt. Cäsar bleibt Cäsar, auch wenn er auf den Schultern der Demokratie zur Macht gelangte.

Was sich nun die neue russische Machthabergruppe gegenüber Finnland geleistet hatte, das ist in allem restlos die ekelhafteste Verneinung des Rechts, der Menschlichkeit, das ist die Vernichtung der Freiheit, das ist die fast äffische Nachahmung all jener üblen Methoden, die wir aus der Zeit des Imperialismus kannten, da er in seiner Sünden Maienblüte stand. Mit einer Ausnahme! All diese imperialistischen Staaten haben den Kritiker dulden müssen; der englische Imperialismus hat seinen Züchtiger gefunden in den Morell, Keir Hardie und MacDonald, der französische nicht minder. Selbst der russische Zarismus konnte seinen Kritikern nicht völlig das Maul stopfen. Das aber haben die Herren um Stalin von Hitler gelernt: Wer immer im Namen des Rechts zu protestieren sich vermißt, wer die Menschlichkeit nicht verraten und

das Recht nicht biegen lassen will, für den gibt es Folter, Prozesse und zuletzt die Kugel. Für den gibt es aber auch in Europa jene bezahlten Henkersknechte, die sich Kommunisten rühmen und doch nichts anderes sind als die Agenten, denen die noble Aufgabe zugewiesen ist, das Opfer nach seinem Tode zu bespeien.

Herr Stalin hat Finnland ein Ultimatum gestellt. Wer erinnert sich dabei nicht an jenes des Herrn Berchtold, das nach Belgrad ging und den ersten Weltkrieg auslöste? Er hat, als die finnische Regierung nicht nachgab, an Herrn Kuusinen eine Marionette gefunden, die, ohne daß das finnische Volk auch nur befragt worden wäre, sich bereit erklärte, in Terioki eine finnische Regierung zu bilden; sie ist von Herrn Stalin sofort anerkannt worden. Auch das nichts Neues! Das haben die Japaner in China schon getan, als sie die Regierung des Wang-Tschung-Wei schufen und anerkannten. Herr Stalin spricht von seiner Regierung, sie vertrete die hohen Grundsätze des Sozialismus. Das tut die japanische Regierung noch besser, wenn sie behauptet, nicht der Marschall Tschiang-Kai-Shek, sondern der japanische Söldling vertrete die hohen Grundsätze des Kuo-Mintang und ihres Gründers Sun-Yat-Sen. Herr Stalin beteuert vor seinem Volk und der Welt, er fechte für die Befreiung des finnischen Volkes von den Tanner- und Mannerheimbanden. Das ist aufs Haar genau der Jargon der japanischen Diplomaten und Militaristen, die China von den kommunistischen Horden und Räuberbanden befreien und zur wahren Gerechtigkeit und Freiheit führen wollen; genau so haben auch Franco und seine Generäle gesprochen, als sie Spanien von der rechtmäßig gewählten Regierung Azaña befreiten. Herr Stalin führt keinen Krieg gegen Finnland, beileibe nicht! Diese Ansicht vertritt sein Knecht Molotow vor dem Völkerbund in Genf. Genau so haben die japanischen Drahtzieher in Genf argumentiert; genau so hat die japanische Regierung bis zum heutigen Tag die Fiktion aufrechterhalten, sie führe keinen Krieg mit China, sie übe nur eine Polizeiaktion zur Befreiung Chinas von seinen Räuberbanden aus. Als Guernica und Almeria bombardiert wurden, als die furchtbaren Schlächtereien von Frauen und Kindern in Spanien unser Blut erstarren ließen, als die Japaner die unbewehrten chinesischen Städte mit ihren Bombern angriffen und Tausende und aber Tausende wehrloser Frauen und Kinder schlachteten, da protestierte in Genf nicht nur Alvarez del Vayo im Namen Spaniens, nicht nur Wellington Koo erhob sich im Namen Chinas, sondern es sprach das härteste Verdammungsurteil über diese Unmenschlichkeiten aus im Namen der USSR. und im Auftrag des Vaters der Völker Stalin: Herr Litwinow! Was aber tut heute Stalin in Finnland anderes, als was in Spanien, China, Abessinien geschah? Brennende finnische Städte, Dörfer, Bauernhäuser, von Brandbomben in rote Glut geschossene finnische Arbeiterquartiere! Fragt nur nicht, wo heute Litwinow sei, um in Genf zu protestieren! Fragt den kaltschnauzigen Molotow, wohin mit Litwinow Menschlichkeit, Recht und Freiheit geraten seien. Aber es gibt eine weitere furchtbare Anklage! Als im letzten Weltkrieg die unfähigsten russischen Generäle bei Tannenberg, in Masuren und in den Karpathen ihre Leute in die Schlacht warfen,

die Rennenkampf, Sassanow, Nikolajewitsch als Offiziere kläglich versagten, da blieb zur Ausbesserung der Unfähigkeit, der Dummheit und des Verrats zuletzt immer ein Heilmittel: der russische Soldat! Die Lücken der militärischen Vorbereitung, in der Generalstabsarbeit hatte letzten Endes immer der russische Muschik mit seinem Leben auszufüllen. Rußland hat so viel Menschenmaterial, daß es auf ein paar hunderttausend Tote mehr oder weniger nicht ankommt. Gegen diese russischen Blutsäufer sind einst die Lenin, Trotzki, Sinowjew aufgetreten; gegen sie ist die Oktober-Revolution gemacht worden; gegen sie hat sich die große Menschheitsparole: Brot und Friede! durchgesetzt. Heute müssen wiederum die russischen Arbeiter und Bauern mit ihrem Leben bezahlen, was die Günstlinge des Herrn Stalin und des Herrn Woroschilow nicht organisiert, nicht durchgesetzt, nicht fertiggestellt haben. Es gibt ja genug russische Soldaten, die mit ihren Leibern und mit ihrem Leben gutmachen können, was die russische Staatsleitung und der russische Generalstab gesündigt haben. — Für all das hat Herr Stalin eine schäbige, erbärmliche Ausrede. Er klagt Finnland an, es sei in die Hände der englischen Kapitalisten geraten und habe sich in den Dienst des englischen Kapitals gestellt, um Rußland anzugreifen. Herr Stalin weist auf die finnischen Nickelgruben, die von englischen Kapitalisten ausgebeutet werden.

Genau so haben wiederum die japanischen Amokläufer von China behauptet, es sei in den Händen Rußlands, Amerikas und der englischen Hochfinanz. Genau damit haben die Italiener auch ihren Abessinien-Krieg rechtfertigen wollen. Und welchem Lande könnte man nicht mit noch größerem Recht, wenn es irgend jemandem passen wollte, den gleichen Vorwurf machen?

So befindet sich Schweden mit seinen Bofors-Werken in den Händen des deutschen, englischen und französischen Kapitals. So ist Norwegen mit seinen Wasserwerken und seinen Aluminiumfabriken in den Händen des englischen Kapitals. So ist Holland mit seiner Royal Dutch, deren hervorragendster Leiter ja einst Henry Deterding war, in den Händen des englischen Kapitals. Und so ist die Schweiz, deren Gotthardbahn von französischem, deutschem und italienischem Kapital gebaut wurde, deren Lötschbergbahn ohne die französische Finanzierung nicht möglich gewesen wäre, in den Händen des französischen Kapitals? Lächerlich! Es kommt sehr darauf an, für welche Propagandazwecke so etwas dienen soll.

Aber man frage sich einmal, welches europäische Land nicht genau nach gleichem Rezept von irgendeinem andern Großstaat überfallen werden kann? Der Oberstdivisionär Bircher hat einmal in einer seiner erzgescheiterten militärischen Studien den Versuch gemacht, die Schlacht von Tannenberg auf den schweizerischen Raum zu übertragen; die Ergebnisse waren sicher für manche überraschend. Man projiziere jetzt einmal die russischen Vorgänge gegen Finnland auf die Schweiz; wir wollen gar nicht sagen, wer dieses Rezept anwenden könnte. Aber das wird einem jeden Unbefangenen klar, wie unerhört die Gefahr für die kleinen Staaten wächst, wenn die Politik des Herrn Stalin sich inter-

national ohne Widerstand durchsetzen sollte. Wenn wir uns gegen diese Methoden nicht mit aller Wucht zur Wehr setzen, wenn wir sie nicht angreifen und öffentlich an den Pranger stellen, wer wird sich dann für uns eines Tages einsetzen, wenn uns nach diesen Methoden Recht gesprochen wird?

Wer nicht blind ist, muß erkennen: in Rußland hat die Aufhebung des Privateigentums nicht zur Vergesellschaftung, sondern zur Maschinerisierung des Eigentums und der daraus erwachsenden Macht in der Hand einer kleinen Clique geführt. Mit den Methoden des Treubruchs, des Rechtsbruchs, der unmenschlichsten Barbarei wird eine Machtpolitik durchgesetzt, die sich weder in ihren Zielen noch in ihren Methoden von denen der brutalen imperialistischen Politik unterscheidet. Die Freiheit des russischen Volkes ist vernichtet, diejenige des finnischen tödlich bedroht. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wird ersetzt entweder durch den diplomatischen Schacher um die wehrlosen und rechtlosen Völker oder durch einen mit ungeheurer militärischer Uebermacht geführten Unterdrückungskrieg. Die gewaltige werbende Kraft des Sozialismus, die in seinem Eintreten für den wahren Frieden, eine wahre Gerechtigkeit und die Menschlichkeit bestand, wird durch die Politik des Herrn Stalin auf Jahre hinaus gelähmt. Es gibt keinen schlimmeren Gegner eines menschlichen, demokratischen und auf der Gerechtigkeit beruhenden Sozialismus, als den Beherrscher aller Reußen, Herrn Stalin.

Nun gibt es aber eine kleine Gruppe unter uns, die sich im geheimen wohl eingesteht, daß die Dinge so liegen, wie hier gesagt wird. Aber die machiavellistischen Rankünen des Herrn Stalin gefallen ihnen gleichwohl. Sie lächeln augurenhaft, wenn sich einer über den Urwaldcharakter der russischen Politik entrüstet. Sie empfinden das Ganze als eine große Intrige gegen den Faschismus, in der Herr Stalin seinem Verbündeten Herrn Hitler schon noch ein Bein stellen werde. Diese armen Tröpfe übersehen, wie der Intrigencharakter der Stalinschen Politik im letzten Jahrzehnt die Arbeiterbewegung Europas vernichtet und dem Faschismus zum Sieg verholfen hat. Sie sind jederzeit bereit, das frevle Spiel des Faschismus mit den Begriffen der Einheitsfront und der Volksfront zu vergessen; zu übersehen, wie entscheidend die Schlagkraft der europäischen Arbeiterbewegung durch die kommunistische Spaltung geschwächt und wie durch das Schlagwort des Sozialfaschismus die Verwirrung in die Arbeitermassen getragen wurde, so daß der Faschismus schließlich triumphieren konnte. Dasjenige, was sich in der europäischen Arbeiterschaft als furchtbarer Schaden erwies, wird nun auf die internationalen Beziehungen der Völker angewendet, ohne daß man den Mut hätte, auch die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Sie glauben, daß mit diesen Methoden ein neues Europa geschaffen werden könne und geben sich kaum darüber Rechenschaft, daß mit Vertragsbruch, mit Verneinung des Völkerrechts, mit Vergewaltigung der Gerechtigkeit, mit der Verherrlichung brutaler militärischer Gewalt keine neue Ordnung geschaffen werden kann, die auf dem Gedanken des Rechts, der Freiheit und der Demo-

kratie beruhen muß. Von diesen Leuten allerdings trennt uns eine Welt. Mit ihnen zu diskutieren, hat keinen Zweck. Denn die Einschätzung der idealen Werte einer sozialistischen Politik ist letzten Endes Sache des Charakters.

Sind wir aber nun deswegen, weil wir Stalin, die russische Politik und den Block Hitler mit aller Deutlichkeit ablehnen, zu Anhängern der Westmächte und ihrer Politik geworden?

Zunächst: Unsere Stellungnahme als Partei und als Klasse hat mit der Neutralität des Staates nichts zu tun. Es geht hier um weltanschauliche Probleme, deren Austrag nicht in der Machtsphäre des Staates liegt.

Es wäre töricht, wollten wir verkennen, daß in der Gruppe der Westmächte Kräfte am Werk sind, denen wir genau so feindlich gegenüberstehen wie denjenigen in der Gruppe Stalin-Hitler. Die großkapitalistischen Kreise um die englische und die französische Schwerindustrie, die Petroleumtrusts des Herrn Deterding haben schließlich mit ihren Finanzmitteln und mit ihrer Politik Herrn Hitler in den Sattel geholfen; die unentschlossene, einsichtslose und mutlose Politik der City hat uns in die Situation hineingefuhrwerkt, in der wir nun stehen. Was sich die kapitalistischen Demokratien an verpaßten Gelegenheiten geleistet haben, bleibt ewig als Schuld an ihnen haften. Es ist auch nicht zu verkennen, daß diese Mächte heute die Situation ausnützen und die von Herrn Stalin nun geschaffene Möglichkeit einer antibolschewistischen Weltfront erkannt haben. Für die Kreise, die jederzeit bereit sind, den Block Vatikan-City-Wallstreet-Mussolini zu schmieden, bietet zweifellos die Westmächte-Politik gute Entwicklungsmöglichkeiten. Aber diese Politik vermochte sich noch nicht durchzusetzen. Sie scheiterte bis dahin am Widerstand der ehrlich-demokratischen Kreise der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums. Die Tatsache, daß die eigentlichen Vertreter und Vertrauensleute der französischen Hochfinanz, die Laval und Flandin, zur Zeit nicht nur außerhalb der Regierung stehen, ja direkt geächtet sind, beweist doch das eine: Die Gedanken der sozialen Demokratie haben hier Entwicklungsmöglichkeiten, während sie im russischen und deutschen Block zum Tode verurteilt sind. Es hängt wesentlich von der Arbeiterschaft ab, ob es im Westblock gelingt, die bedrohte Freiheit zu retten, den Gedanken der Menschlichkeit, der untrennbar verbunden ist mit dem Gedanken der Universalität, vor jeder Unmenschlichkeit zu sichern, den Gedanken des Rechts vor dem Rechtsbruch und der brutalen Gewalt zur Geltung im Völkerleben zu verhelfen.

Unsere Haltung bleibt auch dem Westblock gegenüber eine kämpferische. Die Arbeiterschaft unterstützt ihn, wenn er dem Gedanken des Rechts, der Freiheit und der Menschlichkeit dient, wenn er den Aufbau einer gerechteren Welt sichern hilft. Denn eines ist bestimmt: Die Zukunft gehört nicht dem Kommunismus Stalinscher Prägung, sowenig wie sie der kapitalistischen Diktatur gehört. Eine Auseinandersetzung mit dem Rußland Lenins wäre möglich und für die europäische Arbeiterschaft wertvoll gewesen; mit der Politik des Herrn

Stalin gibt es keine Verständigung. Aus dem Gegensatz der Stalinschen Politik und der kapitalistischen Diktatur wird, geweckt durch die Kräfte, die in diesem Krieg gelöst werden, schließlich ein universaler und humaner Sozialismus entstehen, dessen Organisation wir heute noch nicht sehen, an den wir aber glauben, weil sonst das Leben nicht lebenswert ist.

Das Recht vor allem! Aber nicht jenes Recht, das der Faschismus prägt. «Recht ist, was mir nützt», sondern jenes andere, das in einer ganz feinen und lebenswerten Schlußszene eines schweizerischen Films genannt wurde: «Uns nützt, was recht ist». Das ist nüchtern, solid und gerade der Grundsatz, der für die Beurteilung des politischen Weltgeschehens unserer Tage entscheidet. Danach ist auch zu messen, was heute in einem Unabhängigkeitskampf eines kleinen, tüchtigen und sauberen Volkes hoch oben im Norden geschieht.

Preisbildungsfragen im Detailhandel

Von H. R u d i n , Geschäftsleiter LVZ.

Der am 1. September 1939 eingetretene Kriegszustand zwischen England/Frankreich und Deutschland hat unsere gesamte Wirtschaft und so auch den Detailhandel unseres Landes vor neue, schwere Aufgaben gestellt. Wohl traf uns der Ausbruch der Feindseligkeiten nicht unvorbereitet. Schon im Herbst 1938 mußte man auf das Schlimmste gefaßt sein. Alle Maßnahmen für die weitgehende Versorgung und Warenbeschaffung sowie für die Umstellung der Betriebe im Falle einer Mobilisierung der Armee waren getroffen. Die ersten acht Monate des Jahres 1939 waren Monate des umfassenden Einkaufs von lebenswichtigen Waren, wobei in erster Linie die Anlegung von sogenannten Pflichtvorräten durch den Importhandel, die Anlegung von Haushaltnotvorräten und darüber hinaus die freiwillige Haltung von Vorräten durch den Detailhandel zu erwähnen sind. Die Einfuhrziffern der Handelstatistik belegen diese vorsorglich gesteigerte Einfuhr wie folgt:

In Kolonialwaren wurde 1939 für 94 Millionen Franken gegenüber 63 Millionen Franken im Jahre 1938 eingeführt.

Mengenmäßig ist die Steigerung der Einfuhr von Kolonialwaren 1939: 2 679 578 q, gegenüber 1938: 2 083 176 q.

Die vom Bund getroffenen Maßnahmen zur Sicherung der Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern forderten die Anlegung von Pflichtlagern in Zucker, Reis, Rohkaffee, Speiseölen und Speisefetten, Benzin, Benzol, Heizölen, Koks und Braunkohlenbriketten. So verfügte der Verband schweizerischer Konsumvereine in Basel (VSK.) bei Kriegsausbruch über folgende Pflichtlager: Zucker 1000 Wagen, Reis 35 Wagen, Rohkaffee 97 Wagen, Arachideöl 26 Wagen und Koks 50 Wagen zu je 10 Tonnen. Auch die meisten Verbandsvereine — 540 an der Zahl — hatten sich rechtzeitig in den wichtigen Verbrauchsgütern genügend bis reichlich, zum Teil auf 2—3 Monate hinaus, ein-